

Renten-Meuterei gegen Friedrich Merz: Wer führt eigentlich die CDU?

Der Streit um das Rentenpaket wächst sich zu einer offenen Kraftprobe aus. Junge Abgeordnete testen die Autorität des deutschen Kanzlers – und bringen eine ohnehin fragile Koalition ins Wanken.

Johannes C. Bockenheimer

23.11.2025, 05.59 Uhr ⌚ 6 min

Hören



Geriet ins Schwitzen: Bundeskanzler Friedrich Merz stellte sich auf dem «Deutschlandtag» seinen Kritikern in der Jungen Union.

Chris Emil Janssen / Imago

Ist Friedrich Merz das Opfer einer Verschwörung? Opfer einer Gruppe junger Abgeordneter, die eine Sachfrage zur Kraftprobe für die künftige Ausrichtung seiner CDU machen? Wer dieser Tage mit führenden Parteifreunden des Kanzlers über den schwelenden Rentenkonflikt

spricht, kann diesen Eindruck gewinnen.

Da ist etwa ein christlichdemokratische Ministerpräsident, der am Montag nüchtern Bilanz über den missglückten Merz-Auftritt vom Wochenende zieht. Dass der Parteichef beim Deutschlandtag der Jungen Union ohne Applaus die Bühne verlassen musste, ist für ihn kein Zufall. Man wolle den Kanzler unter Druck setzen, ihn gezielt in die Enge treiben. Zwei Frauen vorzuschicken und die gleichen kritischen Fragen stellen zu lassen – das sei schon «sportlich» gewesen.

Der Auftritt in Rust ist für Merz ein schwieriger Moment, keine Frage. Vor allem aber eine Erinnerung daran, wie gross die Kluft inzwischen ist, die zwischen dem Parteichef und Teilen seiner eigenen Partei klappt. Er hat ihnen haushalterische Vernunft und ordnungspolitische Strenge versprochen. Nun soll mit ihren Stimmen ein Rentenpaket verabschiedet werden, das Jahr für Jahr Milliarden kostet.

Aber ist der Frust schon so gross, dass einige bereit sind zu meutern? Tatsächlich gibt es in der Fraktion manche, die im Auftritt im niedersächsischen Städtchen Rust nur den bisherigen Höhepunkt der vermeintlichen Verschwörung sehen, nicht ihren Anfang. Der Rentenaufstand ist nach Ansicht eines langjährigen Fraktionsmitglieds kein spontaner Ausbruch, sondern eine bestens orchestrierte Aktion.

Regiert der Kanzler bald mit Minderheit?

Bereits Wochen zuvor konnte man in Berlin erkennen, wie sich der Unmut formierte, wie etwas in Bewegung geriet. In der Fraktionssitzung vor zwei Wochen liessen sich plötzlich fünf oder sechs junge Parlamentarier auf die Rednerliste setzen – alle mit demselben Punkt, nur mit leicht variierender Wortwahl. Die Choreografie war damit perfekt: Wenn ein Argument sechsmal hintereinander komme, bleibe es hängen, sagt das Fraktionsmitglied.

Und so sind es plötzlich nicht mehr nur die Nachwuchspolitiker der Jungen Gruppe, die sich gegen den Rentenplan stellen. Auch der Arbeitnehmerflügel zeigt Sympathien für das Anliegen der Jungen – und mit Wirtschaftsministerin Katherina Reiche sogar ein erstes Kabinettsmitglied. Selbst Merz räumte beim Auftritt in Rust ein, dass «nichts, gar nichts, überhaupt nichts» für die Vereinbarung im Kabinettsbeschluss spreche, das Rentenniveau nach 2031 weiter zu stützen.

Doch all das hielt Merz nicht davon ab, zugleich anzukündigen, dem

Beschluss zuzustimmen. Dem Nachwuchs warf er forsch entgegen: «Glaubt jemand ernsthaft, dass wir einen Unterbietungswettkampf gewinnen, wer das niedrigste Rentenniveau anbietet?» Für die Jungpolitiker müsse Merz' Auftritt wie eine Kampfansage geklungen haben, sagt das langjährige Fraktionsmitglied.

Ganz ähnlich sieht es ein weiterer CDU-Abgeordneter. Der Auftritt des Kanzlers habe die Lage nicht beruhigt. Seit diesem Wochenende rede man nicht mehr über eine Sachfrage, sondern über eine Machtfrage. Der Konflikt verschiebt sich von der Rentenpolitik auf die Frage, wer in der Union eigentlich führt.

Er habe zudem den Eindruck, dass Teile der Jungen Gruppe kein Problem damit hätten, wenn der Streit am Ende die Koalition gefährde, sagt der CDU-Mann. Die bisherigen Äusserungen liessen das vermuten. Manche von ihnen spekulierten bereits, Merz könne sich anschliessend mit einer Minderheitsregierung arrangieren. Das sei brandgefährlich.

Fest steht: Merz braucht die Stimmen der Jungen Gruppe. Die Koalition verfügt im Bundestag über 328 Mandate – ohne die 18 jungen Abgeordneten verfehlt sie die notwendige Mehrheit von 316 Stimmen, das Rentenpaket ist nicht durchzubringen.

Rentenrebelln bleiben stur

Bei aller Sorge, dass die Aufständischen den Plan des Kanzlers zu Fall bringen könnten, gibt es in der Fraktion aber durchaus Verständnis für ihre Position. Ein renommierter Sozialpolitiker der CDU sagt, die Junge Gruppe habe in der Sache durchaus einen Punkt. Eine Ausdehnung des Rentenniveaus über 2031 hinaus müsse generationengerecht finanziert werden, und eigentlich solle man nur das beschliessen, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Das eigentliche Problem liege jedoch woanders: Es gebe seit Wochen einen Kabinettsbeschluss, und auf dem Weg dorthin habe man die berechtigten Anliegen der Jungen schlicht nicht berücksichtigt. Deshalb stehe die Union nun vor einem Dilemma. Einerseits könne man den eigenen Kanzler nicht im Regen stehenlassen, andererseits wolle niemand ein Paket abnicken, das die eigenen Bedenken ignoriere.

Wie aber lässt sich dieses Dilemma lösen? Welches Angebot könnte die Junge Gruppe zu einer Zustimmung bewegen? In der Woche nach dem Auftritt von Rust hält sich die Fraktionsführung auffallend bedeckt. Man wolle die Debatte nicht weiter öffentlich ausbreiten, heisst es.

Hinter den Kulissen jedoch wird verhandelt, gedrängt, gewarnt. Mehrere Abgeordnete sprechen von einer unruhigen Woche, von Treffen bis in das Wochenende hinein. Im Fraktionsvorstand mag man Durchhalteparolen ausgeben. Man ist sich zugleich durchaus bewusst, was auf dem Spiel steht. Will man wirklich eine Regierung in diesen Zeiten an einer Rentenformel scheitern lassen, fragt man sich dort – halb zweifelnd, halb drohend.

Es bleibt nicht viel Zeit. In der kommenden Woche soll der Haushalt 2026 verabschiedet werden. Der sozialdemokratische Koalitionspartner lässt durchblicken, dass er kaum bereit ist, alle anderen Vorhaben zu beschliessen und ausgerechnet die Rente – das eigene Herzensthema – auszuklammern, wie es die Bildungsministerin Karin Prien ins Gespräch gebracht hat.

Der Chefrebell Pascal Reddig zeigt sich seinerseits weiter unnachgiebig. «So wie der Gesetzentwurf jetzt vorliegt, ist er für uns nicht zustimmungsfähig», sagt er im NZZ-Interview.

Ein Kanzler, der nicht steuert, sondern hinterherläuft

Ob die Koalition an diesem Streit zerbrechen kann? Der langjährige CDU-Sozialpolitiker, der anonym bleiben will, mag sich nicht festlegen. Die Lage sei aber hochexplosiv, sagt er. Dass ausgerechnet jetzt die Linke angekündigt hat, im Zweifel für das Paket zu stimmen, macht es eher schlimmer. Für manche in der Unionsfraktion ist das ein zusätzlicher Trigger: Wenn selbst die Linke zustimmt, müsse das Paket ja wirklich «kacke» sein.

Je mehr man in die Union hineinhört, desto deutlicher wird: Die Konfliktlinien verlaufen längst nicht mehr entlang der Sachfragen. Es geht um Führung. Viele sprechen von denselben Baustellen: mangelnde Abstimmung im Führungszirkel, schlechte Kommunikation zwischen Kanzleramt, Partei und Fraktion. Ob man das jetzt allerdings nun Merz, seinem Kanzleramtschef Thorsten Frei oder dem Fraktionschef Spahn anlastet, sei dabei schon völlig egal, sagt ein Abgeordneter.

Die Beispiele sind bekannt: die gescheiterte Besetzung einer Verfassungsrichterstelle, die Kommunikation zu Energie- und Steuerfragen, der Umgang mit Sondervermögen. Teilweise erfahren Abgeordnete Informationen aus der Presse statt von der eigenen Führung. Das sei «abenteuerlich».

Für einige in der Fraktion beginnt sich die konservative Hoffnung, die

Merz einst war, zu entzaubern. Viele, die ihn anfangs mit Begeisterung unterstützt haben, merken nun, dass auch er nicht über Wasser gehen könne, sagt der Abgeordnete. Seine Kanzlerschaft sei mit grossen Versprechen gestartet. Er habe aber nicht vorab geklärt, ob die Preisschilder realistisch seien. Umso grösser falle jetzt die Enttäuschung aus.

Zurück bleibt der Eindruck, dass Merz oft nicht steuert, sondern hinterherläuft. Dass er Konflikte nicht einordnet, sondern ihnen ausgeliefert ist. Und dass er selbst bei Themen, die seine Partei spalten, erst reagiert, wenn es fast zu spät ist.

Der Rentenstreit ist deshalb mehr als eine fachliche Auseinandersetzung. Er ist ein Moment der Offenlegung: Die Jungen testen Merz, die Erfahrenen zweifeln an seiner Kontrolle, und die Führung versucht, die Partei zusammenzuhalten.

Ob die Junge Gruppe tatsächlich ein «Komplott» organisiert hat, ist fraglich. Wahrscheinlicher ist: Sie nutzt einen Moment, in dem der Kanzler verwundbar wirkt. Genau das beunruhigt viele in der Fraktion. Denn wer einen Kanzler testen kann, könnte irgendwann auch darüber nachdenken, ihn zu ersetzen. Noch ist es nicht so weit. Aber im Maschinenraum der CDU fragt man sich, wie viele solcher Tests Friedrich Merz noch übersteht.



Passend zum Artikel